

Green News

Das Online-Magazin der Gewerkschaft der Polizei in Bayern

29. September 2014

Ausgabe 13/2014



11. Landesjugendkonferenz: Marcel Roppel zum neuen Landesjugendvorsitzenden gewählt

Am vergangenen Dienstag wurde der 30jährige Marcel Roppel (Oberbayern Nord) zum neuen Landesjugendvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei Bayern gewählt. Auf der 11. Landesjugendkonferenz, die am 22./23. September auf der Burg Hoheneck in Mittelfranken stattfand, berieten über 50 junge Polizeibeschäftigte gewerkschaftspolitische Anträge und wählten dabei auch einen neuen Landesjugendvorstand. Dabei wurden Jennifer Oberhäuser (Schwaben Nord), Manuel Bauer (Oberbayern Nord) und Michael Strehler (Schwaben Süd-West) zu seinen Stell-



Links: der ausscheidende GLJV (v.l.): Birgit Ligotzky, Markus Gollmann, Verhandlungsleitung Michael Strehler und Christopher Knust, Nicole Weidt, Carolin Schatt, Markus Ebert. Die Teilnehmer der Podiumsdiskussion mit Birgit Ligotzky und Marcel Roppel: Wolfgang Ligotzky, Moderator Lorenz Bomhard, MdL Manfred Ländner, MdL Eva Gottstein, LPP Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer

vertretern gewählt. In weitere Vorstandsämter wurden gewählt: Kathrin Billmann (Mittelfranken, Schriftführerin), Franz-Michael Hoiß (Landeskriminalamt, stv. Schriftführer), Christopher Knust (Oberbayern Nord, Finanzvorstand) und Christian Olschowsky (Oberbayern Nord, stv. Finanzvorstand).

Am ersten Konferenztage fand der hochwertig besuchte offizielle Teil der Veranstaltung statt. Unter Anwesenheit zahlreicher Polizeipräsidenten diskutierten MdL Eva Gottstein (FW), Manfred Ländner (CSU), der Landespolizeipräsident Prof. Dr. Wilhelm Schmidbauer sowie GdP Vorstandsmitglied Wolfgang Ligotzky darüber, ob Sicherheit in Zukunft zum Luxusgut wird.

Die Delegierten teilten in einer lebhaften Diskussion den anwesenden Polizeipräsidenten ihre Probleme des Alltags mit. Ehrengäste des offiziellen Teils waren u.a. Hubertus Andrä, PP München, Walter Kimmelzinger, PP Oberbayern Nord, Rudolf Kraus, PP Oberpfalz, Reinhard Kunkel, PP Oberfranken, Johann Rast, PP Mittelfranken, Gerhard Kallert, PVP Bereitschaftspolizei.

In ihrem Leitantrag forderten die jungen Polizeibeschäftigten das entsprechende Personal und moderne technische Ausstattung, um den Schutz der Bürgerinnen und Bürger auch weiterhin adäquat gewährleisten zu können. Für die Teilnehmer war klar, dass Sicherheit niemals zum Luxusgut werden dürfte, sondern ein verfassungsmäßig garantiertes

Grundrecht ist, das für alle, unabhängig ihrer finanziellen Möglichkeiten gewährt werden müsse. Hier gehts zur Bildergalerie:

<http://www.gdp.de/gdp/gdpbay.nsf/id/LJK2014>



Der neue Landesjugendvorstand: Manuel Bauer, Jennifer Oberhäuser, Michael Strehler, Christian Olschowsky, Franz-Michael Hoiß, Marcel Roppel, Christopher Knust, Kathrin Billmann

GdP-Bundesvorsitzender Malchow besucht Wiesnwache

Oliver Malchow besuchte am 26.09.2014 das Münchner Oktoberfest. Im Mittelpunkt stand der Besuch der Wiesnwache. Ein besonderes Augenmerk legte er dabei auf die einsatztaktische Konzeption des Polizeipräsidiums München. Der Münchner Polizeipräsident Hubertus Andrä und der Wiesnwacheleiter Polizeidirektor Peter Hartwich führten Oliver Malchow durch die Wiesnwache und



erläuterten ihm ausführlich den Ablauf. Besonders hervorzuheben ist, dass alle Polizistinnen und Polizisten freiwillig ihren Dienst auf der Wiesn verrichten und das Betriebsklima auf der Wiesnwache besonders gut sei.



V.l.: Clemens Murr (BG Bepo), Christl Kern (BG München), LV Helmut Bahr, PD Hartwich, BV Oliver Malchow, Alexander Baschek (Service GmbH), Michael Bogatzki (BG München), Jürgen Schneider (BG Bepo)



Leider gab es bereits zwei tragische Ereignisse, die die Wiesn überschatteten. Ein Besucher wurde von einem Taxi überrollt und tödlich verletzt, ein weiterer griff im Klinikum Großhadern Kollegen mit einem Feuerlöscher so heftig an, dass von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden musste. Die Presse berichtete bereits über beide Fälle.

V.l.: Wiesnwacheleiter PD Peter Hartwich, Polizeipräsident Hubertus Andrä, GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow

Münchner Polizei setzt jetzt auf Facebook und Twitter

Pressemitteilung des Bayer. Innenministeriums vom 15.09.2014

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat heute gemeinsam mit dem Münchner Polizeipräsidenten Hubertus Andrä einen einjährigen Pilotversuch zur Nutzung sozialer Netzwerke im Internet vorgestellt. Das Polizeipräsidium München hat dazu die bayernweit erste offizielle Polizei-Fanpage bei Facebook (<https://www.facebook.com/ppmuenchen>) Dadurch und den bayernweit ersten offiziellen Polizei-Twitter-Account (<https://twitter.com/PP-Muenchen>) eingerichtet. Dadurch erhofft sich die Münchner Polizei gerade bei Großveranstaltungen eine höhere Reichweite der einsatzbegleitenden Öffentlichkeitsarbeit, besonders auch bei jüngeren Bevölkerungsschichten. Pünktlich zum Start des Oktoberfests 2014 steht damit ein weiterer Informationsservice der Münchner Polizei zur Verfügung.

„Bei unserer Polizeiarbeit legen wir sehr großen Wert auf einen engen und vertrauensvollen Kontakt zu unseren Bürgerinnen und Bürgern“, erklärte dazu der Innenminister. „Deshalb wollen wir jetzt auch in den sozialen Netzwerken im Internet präsent sein.“ Der Auftritt der Münchner Polizei auf Facebook und Twitter sei professionell, modern und vor allem zielgruppenorientiert gestaltet, so Herrmann. Neben aktuellen Informationen zu sicher-

heitsrelevanten Ereignissen gibt es vor allem wertvolle Hinweise zur Prävention. „Das können unter anderem Warnhinweise zu Alkohol und Drogen im Straßenverkehr sein oder auch Tipps zum Schutz vor Taschendieben“, ergänzte der Innenminister. „Dabei berücksichtigen wir auch die Empfehlungen des Bayerischen Datenschutzbeauftragten.“ Beispielsweise sind alle Informationen auf Facebook und Twitter auch auf den klassischen Internetseiten der Münchner Polizei abrufbar.

Besondere Vorteile sozialer Netzwerke sieht der Innenminister gerade bei Großeinsätzen wie zum Oktoberfest, beim G7-Gipfel 2015 und bei großen Fußballspielen: „Wir können in Sekundenschnelle online auf polizeiliche Maßnahmen hinweisen und diese transparent machen.“ Zudem könne die Münchner Polizei nun auch etwaige Falschmeldungen in sozialen Netzwerken umgehend richtigstellen. „Das kann gerade bei einer aufgeheizten Stimmungslage zur Entspannung beitragen.“ Nach den Worten Herrmanns werden die in der einjährigen Erprobung gewonnenen Erfahrungen genau ausgewertet: „Wenn sich die virtuelle Präsenz der Münchner Polizei auf Facebook und Twitter bewährt, werden wir eine weitere Nutzung dieser Plattformen prüfen.“

Eröffnung der Berghütte der BG Oberbayern Süd

Am Freitag, den 19.09.2014, wurde die „Guggenbichel-Diensthütte“ der BG Oberbayern Süd feierlich eröffnet und eingeweiht. BG-Vorsitzender Michael Ertl durfte zahlreiche Helfer und Ehrengäste begrüßen und zu einer zünftigen Brotzeit einladen. Natürlich ließen es sich auch der Landesvorsitzende Helmut Bahr

die Berchtesgadener Berge, u. a. dem Watzmann (zweithöchster Berg Deutschlands). Sie ist ganz bewusst als reine Selbstversorgerhütte eingerichtet und bietet Übernachtungsmöglichkeit für



Links: Aufnahme der Berghütte der BG Oberbayern Süd; unten: Die Stube der Berghütte mit feiernden Kollegen



Landesvorsitzender Helmut Bahr bei seinem Grußwort bei der Eröffnungsfeier

und der Geschäftsführer der GdP Service GmbH, Alexander Bäschek, nicht nehmen, die Feierlichkeit zu besuchen.

Die Guggenbichel-Diensthütte ist eine alte Forsthütte, die sich in der Gemeinde Bischofswiesen bei Berchtesgaden befindet. Sie liegt am Fuße des Rauhenkopfes (1.604 m üNN), der ein Ausläufer des berühmten Untersberg ist. Die Hütte liegt in südlicher Ausrichtung auf einer Höhe von 929 m üNN mit direktem Blick auf

bis zu 8 Personen.

Die Berghütte steht allen GdP-Mitgliedern ab sofort zur Nutzung frei. Der Über-

nachtungspreis beträgt 5.- Euro pro Person. Nähere Informationen hinsichtlich Buchung, Anfahrt, etc. finden sich auch im Internet unter http://www.gdp.de/gdp/gdpbay.nsf/id/BG-Oberbayern-Sued_Berghuette.

Anfragen zur Berghütte können unter berghuette@gdpbayern.de gestellt werden.



GdP zu Kosten von Fußballereinsätzen

Mit Unverständnis reagiert die Gewerkschaft der Polizei (GdP) auf das am Donnerstag von der Bremer Bürgerschaft in erster Lesung verabschiedete Gesetz zur Kostenbeteiligung der Vereine an polizeilichen Fußballereinsätzen. "Dieser Alleingang Bremens kommt zur Unzeit und belastet die in den vergangenen Monaten Zeit gut vorankommenden Gespräche zwischen Verbänden, Politik und Polizei", sagte der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow heute in Berlin.

Von dieser politischen Vorgehensweise werde das von nur wenigen Straftätern ausgehende Gewaltproblem im Fußballgeschehen nicht ansatzweise gelöst. Der GdP-Vorsitzende appellierte an Bremens Innensenator Ulrich Mäurer den eingeschlagenen Weg auch im Interesse der Millionen friedlichen Fußballfans zu überdenken.

Malchow: "Die Rädelsführer und Intensivtäter der Fußballgewalt sind der Polizei überwiegend bekannt." Daher fordert die GdP eine in den Polizeigesetzen der Länder harmonisierte Standardmaßnahme sogenannter Meldeauflagen gegenüber Fußballchaoten. "So kann es gelingen, diejenigen Personen, die über einen längeren Zeitraum immer wieder mit Straftaten rund um das Fußballgeschehen aufgefallen sind und von denen daher, je nach Lageeinschätzung, eine konkrete Gefahr für die öffentliche Sicherheit ausgeht, vom Fußball fern zu halten", sagte der GdP-Vorsitzende. Der Bundesvorstand der Gewerkschaft der Polizei hatte Mitte September sein vor Jahren verabschiedetes 10-Punkte-Programm zum friedlichen Fußball um zwei neue Aspekte erweitert.

50 Jahre GdP KG Traunstein

11.10.2014 *Bürger- und Polizeifest*

19 Uhr

Aula der staatl. Berufsschule I in Traunstein mit der Jay Houser Band und den Kesslfligga

Eintritt inkl. Buffet: 10 Euro
Schirmherr: Landtagspräsident a.D. Alois Glück
Organisation: GdP Kreisgruppe Traunstein
Karten: Vorverkauf über Andreas Nominacher
Telefon 0861/9873-103

Wir danken unseren Sponsoren: BRÜCKNER GROUP, Volksbank Raiffeisenbank Oberbayern Südost eG, Kesslfligga

Gewerkschaft der Polizei • Kreisgruppe Traunstein • Eugen-Rosner-St. 2 • 83278 Traunstein • kg1500@gdpbayern.de • www.gdpbayern.de



Unterstützer-Netzwerk der IS-Terroristen im Visier

Pressemitteilung des Bayer. Innenministeriums vom 23.09.2014

Wegen des Verdachts auf Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat haben Polizei und Staatsanwaltschaft heute bundesweit Wohnungen von sieben Salafisten durchsucht. Schwerpunkt der Aktion war Mittelfranken. Insgesamt waren in Bayern die Wohnungen von fünf Beschuldigten betroffen, in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen drei weitere Wohnungen. Das haben heute Bayerns Innenminister Joachim Herrmann und Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback bekannt gegeben. „Bei den Durchsuchungsmaßnahmen haben 50 Ermittler zahlreiche Beweismittel wie Computer, Festplatten, CD's und USB-Sticks sichergestellt, die nun sorgfältig ausgewertet werden“, berichteten die Minister. „Wir müssen den gefährlichen Unterstützer-Netzwerken der Salafisten in Deutschland das Handwerk legen. Wir sehen nicht tatenlos zu, dass die Todesschwadronen der Terrororganisation ‚Islamischer Staat‘ in Syrien und Irak Unterstützung aus Deutschland erhalten.“

Hintergrund der groß angelegten Durchsuchungsaktion sind Hinweise der Ermittlungsbehörden, dass ein aus Benefizveranstaltungen finanzierter Krankenwagen von Deutschland nach Syrien verbracht und dort dann zu einer Art militärischen Mannschaftswagen mit montierter halbautomatischer Schusswaffe umgebaut wurde. Außerdem sollen mit Unterstützung durch die Beschuldigten weitere geländegängige Fahrzeuge für die IS-Terroristen nach Syrien geliefert worden sein. Die Beschuldigten sind zwischen 23 und 36 Jahre alt. Ein Beschuldigter ist ein deutscher Konvertit.

Wie Herrmann betonte, zeige der aktuelle Fall einmal mehr, dass Sicherheitsbehörden in Bayern äußerst wachsam sind und konsequent gegen den islamistischen Terrorismus vorgehen. „In Bayern haben wir seit Langem gewaltbereite Salafisten im Visier, die die Terrororganisation IS unterstützen, sei es durch aktive Kampfhandlungen oder durch logistische Unterstützungsleistungen.“ Derzeit gebe es eine regelrechte Ausreisewelle gewaltorientierter Salafisten aus Deutschland vor allem in Richtung Syrien. „Dazu liegen bundesweit Erkenntnisse zu mehr als 400 Personen vor, die dorthin ausgereist sind bzw. eine Ausreise planen – Tendenz steigend“, so der Innenminister. „In Bayern haben wir konkrete Hinweise auf etwa 40 Personen, die im Zusammenhang mit dem Bürgerkriegsgeschehen unser Land verlassen haben oder dies beabsichtigen.“ Etwa 15 Personen halten sich nach den Erkenntnissen der bayerischen Sicherheitsbehörden aktuell in Syrien auf.

Besorgniserregend ist laut Herrmann, dass die salafistische Ideologie, die in ihrer jihadistischen Ausprägung den Märtyrertod verherrlicht, besonders junge Menschen anzieht. „Bei mehr als

der Hälfte der Salafisten, die aus Bayern ausgereist sind, handelt es sich um junge Männer unter 25 Jahren“, so der Innenminister. „Der Blutzoll, den diese radikalisierten jungen Menschen zahlen, ist hoch: Drei Personen aus Bayern wurden bereits bei Kampfhandlungen in Syrien getötet, bundesweit sind es mindestens 40 Islamisten.“

Bausback aus diesem Anlass: „Polizei und Staatsanwaltschaften haben einen klaren Blick auf islamistische Umtriebe und gehen mit aller Konsequenz und unter Ausnutzung aller Mittel des Rechtsstaates gegen Gewalt und Terror vor - auch und gerade mit den Mitteln des Strafrechts.“

„Ich sage aber auch ganz deutlich: Das Strafrecht darf in diesem Bereich keine Lücken haben! Gegen Terrororganisationen, die so menschenverachtend und brutal vorgehen wie wir es etwa bei der IS erleben, müssen wir auch mit dem Schwert des Strafrechts effektiv vorgehen können, bevor Menschen Opfer von Gewalt und Terror werden“, so Bayerns Justizminister weiter. „Deswegen lasse ich morgen im Rechtsausschuss des Bundesrates beantragen, die sog. Sympathiewerbung für kriminelle bzw. terroristische Vereinigungen wieder unter Strafe zu stellen. Ich will, dass es wieder ein Fall für den Staatsanwalt wird, wenn Leute auf den Straßen in unserem Land oder auch im Internet für die Akzeptanz der Ziele von solchen Terrororganisationen werben, den Nährboden für terroristische Aktionen bereiten wollen und um Unterstützer buhlen. Es war ein Fehler, dass die damalige rot-grüne Mehrheit im Jahr 2002 den gesamten Bereich der sog. ‚Sympathiewerbung‘ aus dem Anwendungsbereich der §§ 129 ff. des Strafgesetzbuches ausgeklammert hat. Den müssen wir korrigieren.“

Hintergrund: Auf der Tagesordnung des Rechtsausschusses des Bundesrates am 24. September 2014 steht der Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung von Empfehlungen des NSU-Untersuchungsausschusses. Bayern stellt dazu den Antrag, die darin vorgesehene Änderung des Strafgesetzbuchs durch Änderungen in den §§ 129, 129a zur Wiedereinführung der Strafbarkeit der Sympathiewerbung zu ergänzen. Die Werbung für terroristische Vereinigungen war bis 29.08.2002 ohne Einschränkungen strafbar. Mit dem 34. Strafrechtsänderungsgesetz vom 22.08.2002 (BGBl. I S. 3390) hat die damalige rot-grüne Mehrheit die bisherige Tatvariante des Werbens ausdrücklich auf das gezielte ‚Werben um Mitglieder und Unterstützer‘ beschränkt und auf diese Weise den gesamten Bereich der sog. ‚Sympathiewerbung‘ aus dem Anwendungsbereich der §§ 129 ff. des Strafgesetzbuches ausgeklammert.

„DIE GdP. EINE FÜR ALLE.“

Gewerkschaft der Polizei



unser sport- und lifestylepartner

Egal ob Sie auf der Suche nach einem neuen Sportoutfit sind oder eher einen Look für die Freizeit suchen – die adidas und Reebok Stores bieten Ihnen eine große Produktauswahl, bei der Sie immer das Richtige finden.

Das Sortiment umfasst sowohl Sport- als auch Lifestyle Produkte aus verschiedenen Kategorien. Von Running, Fitness, Training und Outdoor über Fußball, Basketball und Tennis bis hin zu Schwimmen und Golf sowie adidas Originals, Brillen und Taschen. Die mehr als 20 Stores in Deutschland, Österreich und der Schweiz lassen keine Wünsche offen.

Für die neuesten Produkte und aktuellen Kollektionen besuchen Sie einfach einen unserer adidas Concept Stores.



www.adidas.de/storefinder

Sonderposten, Muster und Auslaufartikel finden Sie zu besonders günstigen Konditionen in den teilnehmenden adidas und Reebok Factory Outlets.

alle styles. alle größen. all in.

Der Vorteil für Gewerkschaftsmitglieder:

Als GdP-Mitglied profitieren Sie von **20 % Rabatt** in allen Concept* und Outlet Stores** sowie von **30 % Rabatt** im Mitarbeiterverkauf* in Herzogenaurach! Zeigen Sie an der Kasse einfach Ihren Gewerkschaftsausweis und sichern Sie sich die attraktiven Rabatte.“



<http://fitness.reebok.de/Reebok-Handlersuche/>

**20% bzw. 30% Rabatt auf die UVP von adidas. Nicht mit anderen Aktionen und Rabatten kombinierbar. **Zusätzlich 20% Rabatt auf den bereits um mindestens 30% reduzierten Outletpreis. Nicht mit anderen Aktionen und Rabatten kombinierbar.*



adidas®

Reebok